

Stand: 10.02.2026 14:01:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/565

"Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/565 vom 28.02.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/1799 des BI vom 14.03.2024
3. Beschluss des Plenums 19/1953 vom 25.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 25.04.2024



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen an den Schulen umzusetzen bzw. Folgendes sicherzustellen:

- Auflegen einer Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte aller Schulfächer zu Politischer Bildung, speziell zum Beutelsbacher Konsens.
- Verankern von verbindlichen Modulen zu Politischer Bildung in der Lehrkräfteausbildung für alle Schularten.
- Die Zusicherung der vollständigen Unterstützung vonseiten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für Personen, die sich in allen schulischen Bereichen – sei es im Unterricht, in Arbeitsgemeinschaften, bei Schulaufführungen oder Projekten – aktiv für demokratische Werte einsetzen und sich gegen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stark machen.
- Ziel soll es sein, dass zum Gesamtkonzept der Verfassungsviertelstunde auch Praxismodule gehören. Für diese bietet es sich an, dass Lehrkräfte mit externen Partnerinnen und Partnern zusammenarbeiten. Dafür sollen extra Budgets gewährt werden.

Begründung:

Schulen sollen als Foren der demokratischen Auseinandersetzung dienen, insbesondere in einer Zeit, in der die Demokratie selbst durch zunehmende Feindseligkeiten und Angriffe bedroht ist. Es wird jedoch immer öfter berichtet, dass Schulgemeinschaften – Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern –, die sich für demokratische Werte, eine von Demokratie geprägte Schulkultur und einen respektvollen Umgang miteinander stark machen, mit menschenverachtenden und antidemokratischen Aussagen und Handlungen konfrontiert sind. Diese Situation ist inakzeptabel. Diejenigen, die sich mutig für diese wichtigen Werte einsetzen, fühlen sich oft unzureichend unterstützt. Manchmal werden sie sogar unter dem Deckmantel eines angeblichen Neutralitäts- oder Mäßigungsgebots in ihren Bemühungen gebremst. Zudem gibt es Lehrkräfte, die sich unsicher sind, was das Neutralitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses genau heißt und trauen sich deshalb nicht, sich gegen menschenfeindliche Aussagen klar zu positionieren.

Ein klares Signal ist notwendig, um Lehrkräften zu bestätigen, dass es korrekt und wichtig ist, die Werte der Demokratie aktiv zu unterstützen. Durch fehlende klare Richtlinien

und Unterstützung in Fragen der Neutralität, des Beutelsbacher Konsenses und der Mäßigung, die eine eigenständige Recherche erforderlich machen, entsteht eine Unsicherheit, die gerade in diesen herausfordernden Zeiten untragbar ist. Dies führt zu Verunsicherungen unter den Lehrkräften, deren Rolle es gerade ist, für demokratische Werte einzustehen, nicht Neutralität zu wahren. Eine breit angelegte Fortbildungsoffensive würde hier helfen. Zudem beruht die Annahme, Lehrkräfte müssten in ihrem Beruf neutral sein, auf einem Missverständnis. Oft wird die Freiheit der Meinungsäußerung im öffentlichen Raum mit der im Klassenraum verwechselt. Prof. Dr. Michael Wrasse, Professor für Öffentliches Recht mit den Schwerpunkten Sozial- und Bildungsrecht an der Stiftung Universität Hildesheim und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), schreibt dazu auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung:

„Ein Gebot vollständiger politischer Neutralität von Lehrer*innen (oder auch anderen pädagogisch Mitarbeitenden) in der Schule gibt es nicht. Der Rechtswissenschaftler Joachim Wieland spricht mit Recht von einem „Mythos“. Im Beamtenrecht verankert ist vielmehr der Grundsatz, dass Beamter*innen „bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren [haben], die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Allgemeinheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergibt“ (§ 33 Abs. 2 Beamtenstatusgesetz, BeamStG). Dieses Gebot gilt in gleicher Weise für angestellte Lehrpersonen (Vgl. Bundesarbeitsgericht (Anm. 6), S. 2889).“

Im Moment arbeitet die Staatsregierung an einer Reform der Lehrkräfteausbildung. Das ist die Möglichkeit, die Ausbildung so zu gestaltet, dass alle angehenden Lehrkräfte mit den Grundlagen der Politischen Bildung vertraut werden und sich insbesondere mit der Bedeutung der drei Schlagworte des Beutelsbacher Konsenses „Kontroversitätsgesetz“, „Schülerinnen- und Schülerorientierung“ und dem „Überwältigungsverbot“ für den Schulalltag aktiv auseinandersetzen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/565

Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Gabriele Triebel**
Mitberichterstatter: **Kristan Freiherr von Waldenfels**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 14. März 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/565, 19/1799

Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben vor der Mittagspause noch einen kurzen Tagesordnungspunkt abzuwickeln, den **Tagesordnungspunkt 5:**

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, anschließend eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion, die Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und CSU und die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir kommen zur Mittagspause und beginnen wieder um 13:10 Uhr.

(Unterbrechung von 12:42 bis 13:13 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf. Ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen. Bevor wir in den Tagesordnungspunkt 6 einsteigen, gebe ich noch die Ergebnisse der vorhin durchgeföhrten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt.

Ich komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten – Tagesordnungspunkt 3: Ge wählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben sich 160 Abgeordnete beteiligt. Es war keine Stimme ungültig. Auf

Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 28 Ja-Stimmen und 129 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit hat der Abgeordnete Benjamin Nolte nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – Tagesordnungspunkt 4 – bekannt: Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 164 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war 1 Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 26 Ja-Stimmen und 134 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit ist Herr Abgeordneter Oskar Atzinger nicht mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen gewählt. Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 sind damit erledigt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, eine Europaangelegenheit und nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Meinungsverschiedenheit (Vf.13-VIII-17 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung vom 1. August 2017 über die Frage, ob Art. 5 Abs. 1 Satz 1, Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nrn. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Sätze 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (GVBl. S. 145, BayRS 12-1-I) sowie Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBl. S. 498, BayRS 204-1-I), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.17-0010
Drs. 19/1574 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



2. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 34-VII-20 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
 1. des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes (BayIfSG) vom 25. März 2020
(GVBl. S. 174, BayRS 212-3-G),
 2. der Zweiten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung
(2. BayIfSMV) vom 16. April 2020 (GVBl. S. 214, BayRS 2126-1-5-G), die durch Verordnung vom 21. April 2020 (GVBl. S. 222) geändert worden ist,
 3. der Dritten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung
(3. BayIfSMV) vom 1. Mai 2020 (BayMBI Nr. 239, BayRS 2126-1-7-G)

PII-G1310.20-0013

Drs. 19/1575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

3. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 57-VII-21 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
desArt. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung
der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B),
die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert
worden ist

PII-G1310.21-0023

Drs. 19/1578 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>

4. Meinungsverschiedenheit (Vf.3-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen der Antragstellerin BayernSPD-Landtagsfraktion und den Antragsgegnerinnen
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
2. FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
3. Bayerische Staatsregierung vom 25. Februar 2022 über die Frage, ob § 1 Nrn. 5, 6 Buchst. a, Nrn. 12, 18, 19 Buchst. a, Nr. 37 des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgaben-gesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 418) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0002
Drs. 19/1580 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

5. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit (Vf. 7-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
1. des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23. Juli 2021 (GVBl. S. 432),
2. des § 1 Nr. 2 der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Verordnungen vom 8. Juli 2021 (GVBl. S. 479)

PII-G1310.22-0018
Drs. 19/1581 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>

6. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 8-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
des Art. 1 Abs. 2 i. V. m. Art. 1 Abs. 3 des Bayerischen Grundsteuergesetzes
(BayGrStG) vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638, BayRS 611-7-2-F)

PII-G1310.22-0006
Drs. 19/1583 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

7. Meinungsverschiedenheit (Vf. 11-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
2. Bayerische Staatsregierung
3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
vom 19. Juli 2022 über die Frage, ob das Gesetz über die Feststellung des
Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) vom 22. April 2022 (GVBl. S. 102) die
Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.22-0011
Drs. 19/1584 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

8. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 15-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
der § 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 23 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags
(JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S),
zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021
(GVBl. 2022 S. 313, 396)
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 16-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
der § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c und f des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags
(JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147, BayRS 02-21-S),
zuletzt geändert durch Art. 2 des Vertrags vom 14. Dezember 2021
(GVBl. 2022 S. 313, 396)

PII-G1310.22-0014
Drs. 19/1586 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
(Vf. 18-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
der Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes
(BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK)

PII-G1310.22-0019
Drs. 19/1587 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Meinungsverschiedenheit (Vf. 19-VIII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern 1. Bayerische Staatsregierung 2. Bayerischer Landtag vom 8. Dezember 2022 über die Frage, ob die Art. 11, 15 und 16 des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes (BayHIG) vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414, BayRS 2210-1-3-WK) die Bayerische Verfassung verletzen

PII-G1310.22-0020
Drs. 19/1588 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

11. Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit (Vf. 22-VII-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof)
1. der Anlage 1 – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 46 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch Art. 130 b des Gesetzes vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414) geändert worden ist,
2. der Anlagen 1 und 11 „a. F.“ – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 104 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) „a. F.“ vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F)

PII-G1310.22-0017
Drs. 19/1589 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

12. Verfassungsstreitigkeit (Vf. 15-IVa-23 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen den Antragstellern Klaus Adelt, MdL, und weitere 69 Landtagsabgeordnete und dem Antragsgegner Bayerischer Landtag vom 14. April 2023 über die Frage, ob der Antragsgegner durch den Beschluss vom 7. März 2023, mit dem der Beweisantrag Nr. 9 abgelehnt wurde, und den weiteren Beschluss vom 7. März 2023, mit dem der Beweisantrag Nr. 11 abgelehnt wurde, die Rechte der Antragsteller aus Art. 25 Abs. 4 BV verletzt hat

PII-G1310.23-0004
Drs. 19/1590 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

13. Verfassungsstreitigkeit (Vf. 36-IVa-22 Bayerischer Verfassungsgerichtshof) zwischen der Antragstellerin Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und dem Antragsgegner Bayerischer Landtag über die Frage, ob der Antragsgegner dadurch,
1. „dass der Antragsgegner alle von der Antragstellerin vorgeschlagenen Kandidaten zur Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ohne sachlichen Grund abgelehnt hat“,
 2. „dass die Durchführung eines ordnungsgemäße(n) Moderationsverfahren(s) ohne sachlichen Grund abgelehnt worden ist“,
 3. „dass sich das parlamentarische Kontrollgremium ohne Beteiligung der Antragstellerin am 22.01.2019 konstituiert hat“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt hat, sowie dadurch, „dass der Antragsgegner es einem Vertreter der Antragstellerin unmöglich macht, Rechte und Pflichten als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums wahrzunehmen“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt

PII-G1310.22-0008
Drs. 19/1591 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------

Europaangelegenheit

14. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Soziales
Hilfe für die am stärksten benachteiligten Personen –
Evaluierung des FEAD 2014-2020
14.02.2024 - 08.05.2024
Drs. 19/733, 19/1904

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn,
Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Banzai: Mehr Japan wagen – Fleiß, Disziplin und
Leistungsbereitschaft an Schulen endlich wieder durchsetzen!
Drs. 19/435, 19/1798 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine aktive Rolle Bayerns in der Max-Planck-Gesellschaft
Drs. 19/447, 19/1788 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------	--------------------------	--------------------------

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen halten, Kulturschaffende bei Corona-Rückzahlungen beraten
Drs. 19/495, 19/730

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganzjährige Schonzeit für den Eichelhäher
Drs. 19/502, 19/1789 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Untersuchung von Skipisten und Langlaufpisten auf polyfluorierte Tenside (PFC)
Drs. 19/531, 19/1790 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Arbeit von Strafverfolgungsbehörden und Justiz im sogenannten Badewannen-Mordfall
Drs. 19/532, 19/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>				

21. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Konsequenter Tierschutz endlich umsetzen!
Import von geschächteten Fleischprodukten beenden!
Drs. 19/541, 19/1860 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Dieter Arnold, Prof. Dr. Ingo Hahn, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Endverbraucher vor Smart Meter-Zwang schützen!
Freie Stromzählerwahl für selbstbestimmte Bürger!
Drs. 19/543, 19/1856 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Abschaffung des Asylgrundrechts: „Migration ist kein Menschenrecht“
Drs. 19/544, 19/1855 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Keine weitere Wohnkostenbelastung – EU-Gebäuderichtlinie stoppen!
Drs. 19/547, 19/1797 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

25. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayr, Anna Rasehorn u.a. SPD
Umsetzung des Startchancen-Programms des Bundes in Bayern
Drs. 19/550, 19/1861 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller AfD
Überlastung in der steuerlichen Rechtsberatung verhindern und
Unternehmen vor Rückzahlungen schützen - Fristverlängerung für
Schlussabrechnungen der Coronahilfen
Drs. 19/554, 19/731

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.

27. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine starke Demokratie: Empowerment von Lehrkräften
und Schulen in ihrem demokratischen Auftrag
Drs. 19/565, 19/1799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sichere Schulen sind Orte des Vertrauens für Kinder und Jugendliche –
schulische Schutzkonzepte zur Vorbeugung und Aufarbeitung von
sexuellen Missbrauchsfällen und Gewalthandlungen jetzt zügig in
Bayern einführen
Drs. 19/567, 19/1862 (A)

Über den Antrag wird einzeln beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Versprechen gegenüber Freyung einhalten:
Bayerisches Registergericht nach Niederbayern!
Drs. 19/571, 19/1792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> ohne				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

30. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Große Sprachmodelle und ihre Potenziale an bayerischen Schulen nutzen – Übergangsphase zur systematischen Erprobung implementieren
Drs. 19/572, 19/1800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> A				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------

31. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Heimatstrategie konsequent forsetzen: Fortbildungs- und Tagungszentrum der Bayerischen Polizei in Freyung
Drs. 19/573, 19/1771 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/> Z				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------

32. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vorgaben für AVAS (Acoustic Vehicle Alert System) für E-Autos ändern!
Drs. 19/574, 19/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU
Anhörung zu den wirtschafts- und energiepolitischen Auswirkungen des verfassungswidrigen Bundeshaushalts
Drs. 19/596, 19/1857 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

34. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über den Verbleib im Medizinerberuf
Drs. 19/611, 19/1852 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Patientensouveränität stärken, Unabhängige Patientinnen-
und Patientenberatung in Bayern ausbauen
Drs. 19/613, 19/1853 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

36. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„M1“ jetzt! Neue Vorsorgeuntersuchung für Mädchen einführen
Drs. 19/614, 19/1854 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

37. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl,
Tanja Schorer-Dremel, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Neuen Genomischen Techniken (NGT)
Drs. 19/615, 19/1859 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

38. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,
Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erhalt der Bahnhofsmisionen
Drs. 19/625, 19/1858 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,
Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Regelbetrieb Gotteszell-Viechtach
Drs. 19/626, 19/1793 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------